LANDKREIS WOLFENBÜTTEL

II/50/500.4-Zi

Wolfenbüttel, den 21. September

P r o t o k o l l

über die 11. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin:	Donnerstag, 18.09.2014
Sitzungsbeginn:	16:05 Uhr
Sitzungsende:	17:54 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, Großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Vorsitz
Großer, Elke

stellvertretende(r) Ausschussvorsitzende(r)
Resch-Hoppstock, Sabine

Ordentliche Mitglieder
Boog, Thomas
Brandes, Katrin
Brücher, Bertold — anwesend ab 16.07 Uhr
Deitmar, Reinhard
Pink, Maximilian
Vogler, Birgit
Vree, Friedhelm

stellvertretendes Mitglied
Ganzauer, Oliver — Vertretung für Herrn KAbg. Bernfried Keye
Hantelmann, Klaus — Vertretung für Frau KAbg. Ilona Dinter

Nicht stimmberechtigte Mitglieder
Piltz, Andreas — Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände

Protokollführer
Zimmer, Stephan

Von der Verwaltung
Dr. Köppert, Axel — stellv. Leiter Gesundheitsamt

Rosenthal, Thomas	Leiter Amt für Arbeit und Soziales	
Steinbrügge, Christiana	Landrätin	anwesend bis 17.23 Uhr
Vogt, Kornelia	Pressesprecherin	

Sachverständige

Hofmann, Stefan	Unternehmensbereichsleiter Kassenärztliche Vereinigung, Bezirksstelle Braunschweig
Schwartze, Jonas	wissenschaftlicher Angestellter, Peter L. Reichertz Institut für medizinische Informatik

Als Gäste

Ulrich, Beate	Geschäftsführerin Jugendhilfe Wolfenbüttel e.V.

Es fehlen:

Ordentliche Mitglieder

Dinter, Ilona
Keye, Bernfried

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Perli, Victor

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Harmel, Ralf	Vorsitzender der örtlichen Pflegekonferenz
Meyer, Hans-Andreas	Kreisseniorenbeauftragter

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 4b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 4c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 10. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit vom 19.06.2014 (§§ 23, 4d GO)
5. Anfragen (§§ 23, 4e GO)

5.1. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16 GO)

5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23,15 Abs. 2 GO)

6. Anträge (§§ 23, 4f GO)
7. Zwischenbericht zum Projekt "Rollende Arztpraxis"
8. Zuschussantrag der Jugendhilfe Wolfenbüttel e.V. für das Jahr 2014
   Vorlage: XVII-0461/2014
9. Darstellung der Aufgaben der Heimaufsicht
   Vorlage: XVII-0455/2014
10. Sachstandsbericht "Bildung und Teilhabe im Landkreis Wolfenbüttel"
    Vorlage: XVII-0456/2014
11. Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 4i GO)
12. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16, 4 j GO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau KAbg. Großer eröffnet um 16.05 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 4b GO)

Die Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 4c GO)

Die Ausschussvorsitzende stellt die Tagesordnung fest. Änderungsanträge liegen nicht vor und werden nicht gestellt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 10. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit vom 19.06.2014 (§§ 23, 4d GO)

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit einstimmig bei einer Stimmenthaltung nachstehenden

Beschluss:

Die Niederschrift über die 10. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 19.06.2014 wird genehmigt.

TOP 5 Anfragen (§§ 23, 4e GO)

TOP 5.1 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16 GO)

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23,15 Abs. 2 GO)

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 6 Anträge (§§ 23, 4f GO)

Es liegen keine Anträge vor.

TOP 7 Zwischenbericht zum Projekt "Rollende Arztpraxis"

Hinweis der Verwaltung:
Herr KAbg. Brücher erscheint um 16.07 Uhr zur Sitzung.

Herr Hofmann informiert über den Zwischenbericht zum Projekt „Rollende Arztpraxis“ anhand einer dem Protokoll als *Anlage 1* beigefügten PowerPoint-Präsentation.
Herr Schwartze ergänzt anschließend den Zwischenbericht zum Projekt mit einer dem Protokoll als *Anlage 2* beigefügten Präsentation.

Frau KAbg. Resch-Hoppstock bezeichnet das Projekt als zukunftsweisend, gibt allerdings auch zu bedenken, dass die Medikamentenversorgung über Apotheken vor Ort ebenso sichergestellt sein muss und den Ärzten möglichst Arzthelfer/-innen als Unterstützung zur Verfügung stehen sollten.
Herr KAbg. Brücher bedauert, dass einige Krankenkassen sich nicht an dem Projekt beteiligt haben.
Herr KAbg. Hantelmann stimmt Herrn KAbg. Brücher zu und hält eine Fortführung für wünschenswert, weiß aber ebenso um die Subventionsnotwendigkeit. Dies wiederum führt zur Frage der Finanzierbarkeit des Projekts. Trotz dieser Problemfelder hält er eine Lösung für nicht ausgeschlossen.

Frau Steinbrügge betont, dass bereits zu Projektbeginn noch von Herrn Röhmann in der Funktion als Landrat intensive Bemühungen betrieben wurden, um den Verband der Ersatzkassen (VDEK) mit dem Ziel zu gewinnen, eine Beteiligung aller Krankenkassen an dem Projekt zu erreichen. Auf die zum Entscheidungszeitpunkt hinlänglich diskutierten Gründe für eine Nicht-Beteiligung hat Herr Niemann, Leiter der VDEK-Landesvertretung Niedersachsen, unlängst in einem Telefonat wiederholt verwiesen.
Sie erläutert die derzeitige Finanzierung des Projekts. Die medizinische Leistung wird durch die Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen und die Krankenkassen getragen. Daneben wird das Fahrzeug durch die Allianz für die Region finanziert. Der Landkreis selbst ist nur mit einem geringen Anteil, nämlich den Betriebskosten des Fahrzeugs beteiligt. Vor dem zu begrüßenden Hintergrund von Weiternutzungsmöglichkeiten muss folglich damit gerechnet werden, dass die bisherigen Partner des Projekts sich nicht in derselben Größenordnung daran beteiligen werden.

Um die Attraktivität und die Nutzungsmöglichkeiten zu steigern, werden aktuell intensive Überlegungen angestrengt. Für Anfang Oktober sind Gesprächsrunden mit verschiedenen Akteuren aus dem Gesundheitsbereich und den Wohlfahrtsverbänden unter dem Aspekt der alternativen Einsatzmöglichkeiten neben der medizinischen Versorgung für die Rollende Arztpraxis geplant. Denkbar wären diesbezüglich bspw. Kinderimpfungen oder Aufklärungsarbeit. Ferner besteht Kontakt zu anderen Kommunen der Region, um zu erwägen, wie interkommunal die Rollende Arztpraxis genutzt werden kann.
Der Landkreis hat ein großes Interesse daran, sinnvolle Einsatzmöglichkeiten neben der medizinischen Versorgung für die Rollende Arztpraxis zu erschließen und wird dazu entsprechende Ideen zusammentragen, um letztendlich einen guten Vorschlag zur Weiternutzung unterbreiten zu können.

Frau KAbg. Großer bittet in diesem Zusammenhang um eine frühzeitige Einbindung bzw. Information der Politik.

Die Ausschussvorsitzende dankt Herrn Hofmann sowie Herrn Schwartze abschließend für deren Ausführungen zu dem für den Landkreis Wolfenbüttel bedeutsamen Thema.

TOP 8 Zuschussantrag der Jugendhilfe Wolfenbüttel e.V. für das Jahr 2014 Vorlage: XVII-0461/2014

Herr Rosenthal erläutert die Vorlage XVII-0461/2014.
Herr KAbg. Hantelmann betont, dass die Fraktion den Antrag im Sinne eines aktiven Opferschutzes befürwortet.
Frau KAbg. Resch-Hoppstock rechnet mit einer Fortführung des Projekts über das Jahr 2014 hinaus und betont, dass es sich demzufolge um eine Grundsatzentscheidung handelt.
Frau Ulrich erläutert ausführlich das Projekt, das sich auf das gesamte Gebiet der Polizeiinspektion Salzgitter/Peine/Wolfenbüttel erstreckt, und betont, dass die Bundesarbeitsgemeinschaft „Häusliche Gewalt“ hierfür Standards festgelegt hat. Da das Projekt der Jugendhilfe diese Standards erfüllt, erfolgt die Bezuschussung durch das Land Niedersachsen. Wesentlicher Schwerpunkt sei die aktive Arbeit am Veränderungsverhalten der Klienten. Wichtig sei weiterhin ein hoher Vernetzungsstandard mit Gerichten und anderen zuweisenden Stellen unter Wahrung des Datenschutzes.
Frau KAbg. Brandes erfragt, ob die Stadt Salzgitter und der Landkreis Peine bereits ihre Zustimmung zur Förderung erteilt hätten und wie hoch der Zuschussbedarf im Folgejahr sein wird.
Frau Ulrich erklärt, sie könne dazu zur Zeit leider keine Rückmeldung geben. Des Weiteren gibt sie an, das Land Niedersachsen werde für das gesamte Jahr 2015 erneut 20.000,00 € als Zuschuss gewähren. Da sich der Zuschuss in Höhe von 20.000,00 € in 2014 nur auf ein halbes Jahr beziehe, werde der Zuschussantrag beim Landkreis Wolfenbüttel für das kommende Jahr ersten Kalkulationen nach bei etwa 6.500,00 € liegen.
Herr Rosenthal ergänzt, dass der Landkreis sich gegenwärtig in Gesprächen mit der Jugendhilfe über die Kostenpositionen befindet. Die entsprechenden Daten werden im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2015 dargestellt.
Frau KAbg. Resch-Hoppstock fragt, ob die Möglichkeit besteht, dass die Täter zu Beratungen der Anonymität halber auch kostenneutral in andere Ortschaften fahren könnten.
Frau Ulrich bestätigt, dass keine zusätzlichen Kosten entstehen, wenn z.B. ein Klient aus Wolfenbüttel seine Beratungen in Salzgitter erhält. Drei Standorte seien zur Erleichterung des Zugangs zunächst geplant, aber noch nicht abschließend sicher.

Hinweis der Verwaltung:
Frau Landrätin Steinbrügge verlässt um 17.23 Uhr die Sitzung.

Nach vorangehender Beratung ergeht nachstehende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit empfiehlt einstimmig dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Landkreis gewährt der Jugendhilfe Wolfenbüttel e.V. für das Jahr 2014 zum Aufbau und Umsetzung einer „Täterberatungsstelle Häusliche Gewalt“ einen Zuschuss in Höhe von 2.500,00 €.

TOP 9 Darstellung der Aufgaben der Heimaufsicht Vorlage: XVII-0455/2014

Herr Rosenthal erläutert die Vorlage XVII-0455/2014.

Frau KAbg. Resch-Hoppstock hebt hervor, dass der Landkreis mit dem überörtlichen Wissen aus der Region vortrefflich die individuellen Unterschiede der Heime berücksichtigen und so eine unbürokratische Beratung vorhalten kann. Berichte der Heimaufsicht dienten zum einen als internes Testat, zum anderen als Grundlage für einen Austausch hinsichtlich der Verbesserungsmöglichkeiten.
Herr KAbg. Brücher bezeichnet die Vorlage ebenfalls als sehr informativ.
Frau KAbg. Vogler hält die Überprüfbarkeit von (Pflege-) Mißständen und Personalmangel für problematisch. Sie berichtet in diesem Zusammenhang von einem ihr bekannten Einzelfall.
Herr KAbg. Hantelmann erfragt, ob auch eine qualitative Prüfung pflegerischer Aspekte stattfindet.
Herr Dr. Köppert bestätigt dies und erläutert, dass bei einer Anfrage bezüglich eines möglichen pflegerischen Defizits bspw. die vollständige Pflegedokumentation zur eingehenden Auswertung angefordert wird, um Problemen nachzugehen. Daneben sind fallbezogene, eingehende Untersuchungen möglich und finden im Rahmen anlassbezogener, auch unangemeldeter Prüfungen statt. Eine Einschätzung erfolgt dann regelmäßig nicht nur anhand der Unterlagen, sondern auch nach der vorgefundenen Situation des Pflegebedürftigen im Heim.
Herr Rosenthal ergänzt, dass die Heimaufsicht mit dem Medizinischen Dienst der Krankenkassen in Verbindung steht, der bei schweren Mängeln nochmals eine intensive qualitative Prüfung durchführt.
Frau KAbg. Resch-Hoppstock weist auf das jedem Heimbewohner bekannte Seniorentelefon der Heimaufsicht hin. Sie führt weiter aus, dass als Bestandteil der Pflegesatzvereinbarungen ein Personalschlüssel einschließlich der Qualifikationen differenziert nach Pflegestufen für jedes Heim festgeschriebenen wird. Im Rahmen der heimrechtlichen Bestimmungen überprüft die Heimaufsicht auch über einen langen Betrachtungszeitraum regelmäßig die sogenannte Fachkraftquote.

Nach vorangehender Beratung ergeht nachstehende

Kenntnisnahme:

Vom Bericht der Heimaufsicht wird Kenntnis genommen.

TOP 10 Sachstandsbericht "Bildung und Teilhabe im Landkreis Wolfenbüttel" Vorlage: XVII-0456/2014

Herr Rosenthal erläutert die Vorlage XVII-0456/2014.

Ohne weitere Aussprache ergeht nachstehende

Kenntnisnahme:

Vom Sachstandsbericht „Bildung und Teilhabe im Landkreis Wolfenbüttel“ wird Kenntnis genommen.

TOP 11 Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 4i GO)

Es liegen keine zu unterrichtenden wichtigen Angelegenheiten vor.

TOP 12 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16, 4 j GO)

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Ausschussvorsitzende Frau KAbg. Großer schließt die Sitzung um 17.54 Uhr und dankt den Anwesenden.

Anlage 1 PowerPoint-Präsentation „Zwischenbericht der Kassenärztlichen Vereinigung zum Projekt ‚Rollende Arztpraxis‘“

Anlage 2 Präsentation „Zwischenbericht des Peter L. Reichertz Instituts für medizinische Informatik zum Projekt ‚Rollende Arztpraxis‘“

(Großer)
Vorsitzende

(Zimmer)
Protokollführer